

Kapitalismus in der Krise?

Der Schnupfen des Philipp Holzmann und die Utopie, in der wir leben

Sozialismus ist nie nur eine Utopie

Wir alle, nicht nur die Bürger der DDR, haben schon im real-existierenden Sozialismus gelebt. Und den meisten von uns gefällt es dort recht gut. Der Kegelclub, die Pfadfinder, der Fußballverein, die Landfrauen, sogar die Hells Angels – all das sind pure sozialistische Systeme. Sie schöpfen ihre Kraft aus der Tatsache, dass der Mensch sich in der Gruppe wohl fühlt. Wir sind soziale Wesen, viele Jahrtausende Überlebenskampf haben uns dazu gemacht. Allerdings empfinden wir Gemeinschaft nur solange als vorteilhaft, wie man uns nicht dazu zwingt. Wer will sich schon vorschreiben lassen, für welchen Bundesliga-Verein er am Wochenende fiebert. Die Freiheit, sich nach Gefühl oder Verstand frei zu entscheiden, zu welchem Stamm man gehören möchte, spielt eine sehr große Rolle für unser Wohlergehen.

Zugegeben – mit Sozialismus bezeichnet man in der Regel eine auf einen ganzen Staat, also eine sehr große Gruppe von Menschen bezogene Organisationsform. Für Kleingruppen wie den 1. FC Köln wählt man normalerweise den Begriff und die Rechtsform des Vereins. Dennoch haben wir es dabei im Kern mit sehr vergleichbaren Phänomenen des menschlichen Zusammenlebens zu tun.

Definieren wir Sozialismus: ein Gesellschaftssystem, in dem alle produktiven Menschen ihre Verdienst in einen gemeinsamen Topf einzahlen, um dann gemeinsam darüber zu entscheiden, wofür das Geld ausgegeben wird. Da nicht jede einzelne Ausgabeentscheidung demokratisch von der ganzen Gruppe getroffen werden kann – Aufwand und Reibungsverluste aufgrund der enormen Interessenskonflikte wären viel zu hoch – wählt man einen

Vereinsvorstand. An dieses Gremium delegiert man die Verteilungsmacht. Dies geht solange gut, wie die Mitglieder dem Vorstand ihr Vertrauen schenken. Entziehen sie ihm das Vertrauen in der Mehrheit, wählen sie ihn ab. Das funktioniert in Vereinen meist recht reibungslos. In Staaten allerdings stehen oft der Machtwille der Herrschenden und ihr Zugriff auf Armee und Polizei dagegen. Unter anderem deswegen passieren Revolutionen.

Was ist denn dann Kapitalismus, der Gegenpol des Sozialismus? Braucht er keine demokratisch gewählten Gremien? Gibt es dort keine Revolutionen? Bevor wir diese Frage beantworten können, müssen wir das Grundprinzip des Kapitalismus präzise definieren: ein Gesellschaftssystem, in dem jeder produktive Mensch selbst darüber entscheidet, wie das Geld, das er verdient, auszugeben ist. Der fundamentale Unterschied der beiden Systeme liegt ausschließlich in der Verfügungsgewalt über das Produktiveinkommen. So einfach ist die Welt! Mehr an Theorie braucht es nicht, um die Essenz der beiden Gegenpole zu verstehen.

Denkt man den Kapitalismus in Richtung Staatsorganisation ein wenig weiter, dann wird klar, dass der Kapitalismus in seiner reinsten Form weder Politiker noch Revolutionen gegen sie braucht. Er benötigt lediglich die drei Grundpfeiler eines funktionierenden Gemeinwesens: unabhängige Gerichte, eine Polizei und eine schlagkräftige Armee. Gerichte klären Streitfälle über die Höhe des „Verdienstes“ und schaffen mittels ihrer Rechtsprechung den Ordnungsrahmen für alle Vertragsformen in der Gesellschaft. Die Polizei schützt den Einzelnen vor Diebstahl und Überfall von innen, die Armee schützt die Gesellschaft gegen Einbruch und Überfall von außen. Für diese Institutionen zahlt jeder Bürger einen gleich großen Anteil seines Verdienstes. Die Bürger stimmen regelmäßig darüber ab, wie viel Geld wir für die Institutionen ausgeben wollen und wer dort das Sagen hat. Mehr braucht es im Prinzip nicht!

Denn alle anderen Entscheidungen in der Gesellschaft sind dem Prinzip der Eigenverantwortung unterworfen. Im Kapitalismus ist Eigenverantwortung das zentrale Regelungsprinzip. Jeder Mensch und jede Organisation stehen für die Konsequenzen ihrer Entscheidungen unbeschränkt ein. Eigenverantwortung ist die notwendige Kehrseite der Entscheidungsfreiheit, des „Vermögen“ im eigentlichen Sinne, das der Kapitalismus dem Einzelnen bietet.

Die Welt ist wohl ein wenig schwanger!

Der Mensch im Allgemeinen strebt nach Vermögen und Macht. Denn das lässt ihn und seine Sippe überleben. In diesem Sinne ist er eigennützig. Der Kapitalismus ist in dieser Hinsicht das menschlichere Gesellschaftssystem. Denn es zwingt den Menschen nicht zum Altruismus. Altruismus bedeutet, seine Macht, sein Können für das Vermögen anderer aufzugeben. Solange der Eigennutz des Einzelnen Grenzen kennt, nämlich dort endet, wo er einem anderen schadet, ist der Kapitalismus auch das humanere weil gerechtere System. Denn es gibt dem Einzelnen, was er verdient – nicht mehr und nicht weniger.

Wenn es so einfach ist, warum hat dann der Kapitalismus in den letzten Jahren so offensichtlich versagt? Die Antwort ist ebenso simpel wie verblüffend: Weil Kapitalismus ist wie eine Schwangerschaft. Entweder man ist schwanger oder man ist es nicht. Kapitalismus kann auf Dauer nur in seiner Reinform existieren. Sobald wir an einer einzigen Stelle des Systems, sei sie noch so klein, das Prinzip der Eigenverantwortung aufheben, hat jeder Andere im System ebenfalls einen Anspruch auf seine persönliche Ausnahme. Denn im Kapitalismus sind alle Menschen gleich in Bezug auf ihre Rechte. Das heißt, jede auch noch so kleine bewusst getroffene Ausnahme führt das System unweigerlich ad absurdum. Es wird zerfressen von unverantwortlichen Interessenvertretern, Glücksrittern, Hasardeuren und Berufsbettlern.

Das Aufweichen des Grundprinzips der Eigenverantwortung setzt einen Teufelskreis in Gang. Aus einem noch so kleinen Anspruch entsteht ein nächster – und so weiter, und so weiter. Wenn diese Behauptung stimmt, dann müssten wir sie in der Wirklichkeit beobachten können. Schauen wir uns also unsere Wirklichkeit an.

Sind Schulden schuld?

Jemand, der einem Anderen Geld anvertraut, um daraus Zinsertrag zu ziehen, gibt einen „Kredit“. Kredit ist Vertrauen. Vertrauen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers und in seinen Willen, die Zinsen zu bedienen und den Kredit schließlich zurückzuzahlen. Die Wirtschaft braucht Kredite. Denn es lohnt sich, Geld in Unternehmen zu investieren, die Gewinn erwirtschaften. Würde man das Geld einfach in der Schublade aufbewahren, würde kein Gewinn entstehen, die Wirtschaft würde also nicht „wachsen“, der Wohlstand würde nicht zunehmen.

Es gibt nur zwei Typen von Kreditnehmern – natürliche Personen und juristische Personen, also Gesellschaften. Ein Staat als Kreditnehmer ist nichts anderes als die Summe aller natürlichen Personen, die in einem Land lebt. Je undurchsichtiger ein Kreditnehmer in Bezug auf seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit ist, desto weniger kreditwürdig ist er. Eine Bank, die ihren Sparern versprochen hat, vorsichtig mit deren Geld umzugehen, sollte also einer Person, einem Unternehmen und sogar einem Staat keinen Kredit gewähren, solange sie dessen wirkliche Ertragskraft nicht einschätzen kann.

Ein Wirtschaftsraum, in dem so genannte „Rating-Agenturen“ spürbare Entscheidungsmacht besitzen, hat ein Problem. Denn das Maß, in welchem diese Agenturen Einfluss auf Kreditentscheidungen nehmen, ist der beste

Schätzer für den Grad der Verantwortungslosigkeit in der Wirtschaft, und damit für das Ende des Kapitalismus. Eine Bank, die die Entscheidung über die Höhe des Zinssatzes für einen bestimmten Kredit fest an die Aussagen einer Rating-Agentur knüpft, hat die Verantwortung für Ihre Entscheidung faktisch an die Agentur delegiert. Sie vertraut nicht mehr ihrem Kreditnehmer, sondern der Rating-Agentur. Diese aber tritt im Schadensfall nicht in die Verantwortung.

Das Prinzip der Eigenverantwortung ist damit noch nicht ausgehebelt. Denn die Bank hat ja den Schaden in ihrer Bilanz. Aber Vorsicht - das dicke Ende kommt garantiert. Denn die Banken nutzen das bequeme Instrument der Rating-Agenturen zur Beruhigung ihres Gewissens und um immer größere Kreditsummen rund um den Globus zu vergeben. Sie verlieren am Ende völlig den Überblick, welchen ihrer Kunden sie trauen und welchen nicht – und noch schlimmer – wem sie am Ende der Kette das Geld ihrer Sparer tatsächlich anvertraut haben. Genau das ist in den Jahren vor der „Finanzkrise“ 2008 passiert. Nur so sind nämlich die unglaublichen Diskrepanzen in der Bewertung der Verlustrisiken der Bankbilanzen vor und nach dem Ausbrechen der Krise zu erklären.

Warum lassen die Banken diese Todesspirale zu? Weil sie wissen, dass sie die Verantwortung für ihre Entscheidungen am Ende nicht tragen müssen, sobald sie die „systemrelevante“ Größe erreicht haben. Das geht lange gut, aber das Ende kennen wir – die Finanzblase platzt, der Bank-Manager zeigt mit dem Finger auf die Rating-Agentur, um einer persönlichen Haftung zu entgehen und der Staat rettet die Bank mit dem Geld seiner Bürger.

Würden Bank-Manager für ihre grob fahrlässigen Fehlentscheidungen haften, gäbe es keine mächtigen Rating-Agenturen. Eine Wirtschaft, die sich auf die Meinung von Rating-Agenturen verlässt, kann also keine kapitalistische Wirtschaft sein.

Mit Schulden macht man keinen Staat

Der Begriff Schuld meint die Verantwortung für einen Schaden, den ein Anderer hat. Da, wo der Eigennutz des Einen auf Kosten eines Anderen geht, wird ein Kredit zu „Schulden“. Solange zwei Geschäftspartner ihre Entscheidung auf freiwilliger Basis und ohne bewusste Fehlinformation des Gegenübers treffen, kann ein Kredit nie zu einer Schuld werden. Dies geschieht aber genau dann, wenn der Kreditgeber betrogen wird. Der Kreditnehmer verspricht den Kredit zu bedienen obwohl er bereits weiß, dass er es nicht kann oder gar nicht erst beabsichtigt.

Wie ist es nun mit einem Staat, der Kredite aufnimmt? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die Kreditaufnahme zu rechtfertigen und die Forderungen der Kreditgeber zu befriedigen. Entweder sieht sich der Staat wie ein Unternehmer, der mit den aufgenommenen Krediten Gewinne erwirtschaften will und daraus Zins und Tilgung bezahlt. Oder der Staat plant, die Kredite aus dem Vermögen seiner Bürger zu bedienen. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht!

Im kapitalistischen System ist der Staat niemals ein Unternehmer im Markt. Denn dann gäbe es keine unabhängigen Gerichte mehr, die eine kapitalistische Wirtschaft dringend zum Leben braucht. Also bleibt nur die zweite Möglichkeit – der Staat bedient sich bei der Bedienung der Kredite seiner Bürger. Dadurch allein entsteht im Prinzip noch keine Schuld. Sie entsteht erst dann, wenn der Staat zu verschleiern versucht, dass er mit Staatsschulden das Vermögen seiner Bürger vernichtet. Und genau diese Verschleierung können wir heute in allen westlichen Industrienationen beobachten.

Das Ärgerliche an Staatsschulden ist, dass sie die Bürger auf zweierlei Art enteignen. Die erste Art der Enteignung – der Bürger bezahlt die Zinsen der

Staatsschulden aus seinem Verdienst, solange er in diesem Land lebt und arbeitet. Die zweite Art der Enteignung ist schuldhaft, weil sie versteckt passiert und die Ersparnisse, das Vermögen der Bürger unmerklich aber unaufhaltsam auffrisst. Denn auch wenn es unglaublich klingt; der einzige Grund für Staatsschulden im Kapitalismus ist, Wert zu vernichten und damit die Inflation anzutreiben. Wie kann das sein, da es doch die Bundesbank und die EZB gibt?

Staatsschulden münden **immer** in Inflation, in Geldentwertung. Es kann gar nicht anders sein. Das ist leicht zu verstehen, wenn wir uns auf das Wesentliche beschränken und wenn wir die Nebelbomben, die von Volksführern, Meinungsmachern und aus den oberen Etagen der meisten Elfenbeintürme geworfen werden, einmal ignorieren. Der Staat macht nur dann Schulden, wenn er weniger Geld einnimmt als er ausgibt. Das ist auf Dauer im kapitalistischen System nur der Fall, wenn er sich nicht an die von seinen Bürgern vorgegebenen Budgets für Verteidigung, Polizei und Gerichte hält. Der Staat finanziert also mit Schulden **prinzipiell immer** Leistungen, die niemand bestellt hat und die niemand wirklich bezahlen will. Leistungen und Waren, die niemand haben will, haben in der Wirtschaft keinen Wert. Niemand würde dafür freiwillig Geld geben. Der Staat nimmt also das wert-volle Vermögen seiner Bürger und gibt es für wert-lose Güter aus. Weil die Bürger nun zwar noch genauso viel Geld auf ihren Konten haben wie vorher, aber weniger Wert besitzen, hat das Geld an Wert verloren. Die Höhe dieses Effektes kann jeder für sich mit einem einfachen Dreisatz berechnen.

Auch hier verselbständigt sich das Problem nach einer gewissen Zeit. Ähnlich wie bei den Rating-Agenturen gewöhnt man sich an Staatsschulden und stellt sie irgendwann nicht mehr in Frage. Auch hier kommt aber das dicke Ende unter Garantie. Solange die Wirtschaft boomt und die Exporte genug Finanzmittel ins Land spülen, regt sich niemand über die Verschuldung auf. Gerät aber die Leistungsfähigkeit der Bürger und die Bereitschaft, Steuern zu

zahlen, an ihre Grenzen, kommt das System ins Wanken – ob durch eine Wirtschaftskrise ausgelöst oder wie im Falle von Argentinien durch ein dauerndes Anwachsen der Staatsschulden, spielt dabei keine Rolle. In einer global eng verflochtenen Welt tritt dieser Zustand unter Garantie spätestens dann ein, wenn klar wird, dass es großen Handelspartnern wie der USA oder China schlechter geht, als man vorher angenommen hatte.

Die einzige Möglichkeit, in einer solchen Situation seine Kreditgeber zu befriedigen, ist neues Geld zu drucken. Die Folge ist unweigerlich Inflation, die verschleierte Form der Enteignung. In diesem Sinne ist der Staat im Kapitalismus nie ein Kreditnehmer, aber immer ein Schuldner, den niemand zur Verantwortung zieht. Ein Staat, der auf Dauer in wesentlichem Umfang Kredite aufnimmt, kann also beim besten Willen kein kapitalistisches System darstellen. So einfach ist auch hier die Welt!

Wäre die EU, wäre Deutschland ein kapitalistisches System, hätte es die Griechenland-Krise nie gegeben. Und noch weniger hätte ein anderer Staat dafür die Verantwortung übernommen.

Kluge Köpfe behaupten heute, dass Deutschland ausreichend wettbewerbsfähig ist, um solche Krisen ohne die Gefahr des Staatsbankrotts zu überstehen. Das mag mit dem Blick auf die EU durchaus stimmen. Schauen wir in die USA und auf deren Fertigungskosten für vergleichbare Güter, stellen sich aber bereits erste Zweifel ein. Schauen wir auf die Entwicklung der Marktanteile asiatischer Automobilhersteller, dann erinnert die deutsche Expertenhaltung bereits stark an die Sprüche ihrer amerikanischen Kollegen, als die Japaner den Angriff auf den damals größten Automarkt der Welt starteten. Und vollends unglaublich werden aktuelle Beruhigungsparolen, wenn man sie mit den verblüffend ähnlich klingenden Aussagen deutscher Politiker und Wirtschaftsführer der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts vergleicht, der Zeit vor der Großen Depression.

Russisches Roulette – nur ohne Patrone

Waren damals nicht auch die Spekulanten schuld am Untergang? Die Spekulanten, die Finanzjongleure und die Zocker der Bankenwelt haben im letzten Jahrzehnt unser aller Geld verspielt. Ihr eigenes war es offensichtlich nicht. Das stimmt!

Wieso haben wir sie denn damit spielen lassen? Wie kamen sie überhaupt an unser Geld?

Tatsache ist, sie konnte unser Geld verspielen, obwohl sie es nicht hatten. Sie haben einfach darauf gewettet, dass jemand anderes die Zeche zahlt, wenn sie ihre Wetten verlieren. Und sie behielten Recht – die Regierungen sind auf breiter Front eingesprungen als es darum ging, die Wettschulden einzulösen. Wir ahnen es, auch hier liegt der einzig Grund für das „Marktversagen“ in der Tatsache, dass das kapitalistische Grundprinzip der Eigenverantwortung bereits lange vorher außer Kraft gesetzt wurde. Genau die Regeln, die noch in den 80er Jahren an den Bankwirtschaftslehrstühlen der Republik als die „goldenen Bankregeln“ gelehrt wurden, waren in den 90ern offensichtlich schon weitgehend außer Kraft gesetzt. Die Universal- und die Staatsbanken hatten die Verantwortung für ihr Handeln abgegeben.

Aus der Annahme nämlich, dass ein Dritter für den Spekulanten die Rechnung zahlt, ist eine unglaubliche Menge an „wertlosem Kredit“ entstanden. Wertloser Kredit ist Kredit, dem kein Geldwert entgegensteht. Das heißt, ich muss das Geld, das ich ausleihen will, nicht erst verdienen. Im globalen Bankensystem ist es heute ganz einfach, wertlosen Kredit zu schöpfen - das geht so: Ich schließe eine Wette ab mit einer Bank, die groß genug ist, dass die Welt sie nicht untergehen lassen wird – nennen wir sie die HyperRealEstate Bank. Wenn die HyperRealEstate die Wette verliert, bekomme ich den Ge-

winn irgendwann vom Staat ausgezahlt – und das sollte für meinen Bonus reichen. Wenn dagegen ich selbst die Wette verliere, rettet mich der Staat, da meine Bank ebenfalls systemrelevant ist. Aus dem Topf kann ich meinen Bonus ebenso bequem decken.

Der Beweis: Lehman Brothers war faktisch die einzige Großbank, die sich in diesem Spiel verspekulierte. Alle anderen Großkapitalsammler wurden aufgefangen, nachdem den Politikern der Schrecken in die Knochen gefahren war. Der Schrecken fuhr ihnen deshalb so sehr in die Knochen, weil die Organisationen, denen sie als Volksvertreter vorstehen, die bei weitem größten Schuldner dieser Banken sind. Jede Sanierung des Welthandels- und Finanzsystems hätte einen Großteil von Ihnen ihre Posten gekostet.

Wenn wir uns diesen Mechanismus vor Augen führen, wird klar, dass es sich im Grunde dabei nicht um Spekulation, noch nicht einmal um „Kasino-Kapitalismus“ handelte. Denn man konnte im Prinzip gar nicht verlieren. Man musste lediglich sicherstellen, dass man nicht als Erster seinen Kredit der Systemrelevanz verspielt hatte und dass man nur mit großen Banken große Räder drehte – in jeder Beziehung also ein klassisches Schneeball-System.

Sind Spekulanten also Schädlinge des Kapitalismus? Das sind sie mit Sicherheit nicht, solange sie wie jeder Kasinobesucher auch das Risiko ihrer eigenen Entscheidungen tragen müssen. Denn Spekulanten gleichen mit ihren Geschäften Angebot und Nachfrage für bestimmte wichtige Waren und Leistungen aus. Dadurch erhält die Wirtschaft frühzeitig und kostengünstig Informationen über Markttrends und über den Wert kritischer Waren und Dienstleistungen. Wenn es zum Beispiel keinen Terminmarkt für Erdöl gäbe – ein typischer Spekulationsmarkt – dann könnte kein Unternehmen mit relativer Gelassenheit die Preisentwicklung des Brennstoffs in seine Kalkulationen aufnehmen. Erhebliche Schwankungen von Gewinnen und Verlusten

wären die Folge. Solche Schwankungen wiederum schaden der Wirtschaft. Denn sie vernichten wertvollen Kredit – sie vernichten den guten Glauben der Banken in die Leistungskraft ihrer Kreditnehmer.

Spekulanten sind also wichtige Spieler im kapitalistischen System, solange das Prinzip der Eigenverantwortung funktioniert. Am Versagen dieses Prinzips kann kein vernünftiger Mensch in Anbetracht der Vor- und Nachgeschichte der aktuellen Wirtschaftskrise ernsthaft zweifeln. Auch hier gilt: Wir können es also nicht mit einem kapitalistischen System zu tun haben.

Von Lobbyisten und Anti-Kapitalisten

Wenn der Staat durch schuldenfinanzierte Ausgaben das Vermögen seiner Bürger vernichtet, wer profitiert dann davon? Worin liegt also der Anreiz der Staatsdiener, dies zu tun?

Nun – der Staat kauft wertlose Güter nicht beliebig und von Jedermann. Er belohnt nur diejenigen, die es sich leisten können, genügend laut „hier“ zu rufen. Dies sind alle juristischen Personen, die entweder nichts mehr zu verlieren haben oder die bereits vergleichsweise viel Vermögen besitzen – Lobbyisten und die Führungskräfte von Opel kennen das Prinzip.

Alleine in Brüssel sind heute über 20.000 Menschen als Interessenvertreter von Wirtschaftsunternehmen und Verbänden als Lobbyisten beschäftigt. Ähnlich wie Rating-Agenturen ist die bloße Zahl bezahlter Lobbyisten ein sehr präziser Gradmesser der Sozialisierung der Verantwortung in einer Gesellschaft. Dies erstaunt vielleicht umso mehr als dass der offene Wirtschafts-Lobbyismus bereits vor mehr als 100 Jahren in den USA erfunden wurde und seitdem an Umfang und Bedeutung erheblich zugenommen hat.

Lobbyisten werden bezahlt, um dafür zu sorgen, dass Staatsgeld in bestimmte Töpfe fließt und dass der Auftraggeber nicht zuviel Steuern zahlen muss.

Auf den ersten Blick scheint der Vergleich mit Anwälten, die vor unabhängigen Gerichten die Position der Mandanten vertreten, vergleichbar. Jedoch gibt es einen fundamentalen Unterschied. Anwälte können tatsächlich mit geschickter Argumentation oder Klageführung den Erfolg ihrer Mandanten erheblich befördern. Lobbyisten können dies nicht, sie sind in der kapitalistischen Staatsform auf Dauer zum Verhungern verurteilt. Denn erinnern wir uns – im Kapitalismus bestimmt der Bürger, wie viel Geld für staatliche Institutionen ausgegeben werden soll, um die Gesellschaft zu ordnen und zu schützen. Von Geld für Dritte war nicht die Rede. Die Wirtschaft hat also vom Staat nichts zu gewinnen. Und Gerichte, Polizei und Armee beschäftigen keine Lobbyisten.

Wie kommt es, dass dennoch von Berlin bis Rom, von Washington bis Tokio Lobbyisten mit einer jährlichen Gehaltssumme von schätzungsweise 5 bis 6 Mrd. € arbeiten, und dass die Zahl der Lobbyisten die der gewählten Volksvertreter vermutlich um das zehnfache übersteigt? Dem aufmerksamen Leser dürfte es nicht entgangen sein – beim Staat und bei unseren Regierungen gibt es vom Gemeinderat bis hinauf in die Vereinten Nationen hinein sehr, sehr viel Geld zu gewinnen. Vor allem in Zeiten der Krise ist das Füllhorn der Politiker unendlich tief.

Auch wenn es paradox klingt - der Kapitalismus braucht Unternehmen, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind, die nicht aus eigener Kraft überleben können und die keine Investoren finden für ihre Zukunft. Denn ähnlich wie Spekulanten liefern diese Unternehmen wertvolle Informationen darüber, wie teuer es ist, Fehler zu machen. Sie liefern den Preis für das Risiko. Ohne diesen Preis ist ebenfalls jede Kostenkalkulation unvollständig. Der Kapitalismus lebt also vom fairen Wettbewerb – so wie jede Fußballmannschaft. Schiedsrichter, die den Wettkampf „ein wenig ausgeglichener“ gestalten wollen, gehen in Deutschland zu Recht ins Gefängnis. Lobbyisten müssen dies nur fürchten, wenn sie direkt bestechen. Solange sie lediglich „Druck“

machen oder eine „positive Grundeinstellung“ erzeugen, wird ihr Engagement als legitime Interessensvertretung geachtet. Auch hier finden wir es wieder. Investoren, die auf das falsche Pferd gesetzt haben und Manager, die ihren Laden nicht im Griff haben, werden geschützt. Je größer oder je bankrotter ein Unternehmen ist, desto weniger kostet diese Unternehmen das Risiko. Das Prinzip der Eigenverantwortung wird systematisch ausgeschaltet. Kapitalismus ist das mit Sicherheit nicht!

Kapitalisten - die Idealisten unserer Tage

Wenn wir also heute auf der ganzen Erde kein einziges kapitalistisches Land finden, wie können wir dann wissen, ob wir in der Krise mit dem Kapitalismus besser gefahren wären, als mit den sozialistischen Systemen unserer Gegenwart.

Wir können es nicht wissen. Aber wir können träumen! Wir können uns vorstellen, wie es wäre, wenn nur Leistung zählt. Wir können uns wünschen, dass Politiker uns unser Geld lassen, uns Steuern „schenken“ und uns die Entscheidung überlassen, wofür wir sie ausgeben. Wir können uns ausmalen, wem wir in der Not helfen würden, wenn es darauf ankommt – und zwar ohne Zwang. Und als entscheidender Vorteil, den der Mensch gegenüber einer Herde von Schafen hat – wir haben Verstand, wir können denken!

Wir können zum Beispiel durchdenken, was passieren würde, wenn es keine systemrelevanten Banken geben würde. Daher hier als Gedankenfutter eine einfache Milchmädchen-Rechnung: Im Durchschnitt benötigt ein Unternehmen in Deutschland für sein Geschäft heute Bankkredite in der Höhe von etwa einem Drittel seines Jahresumsatzes. Im Durchschnitt gewährt gleichzeitig ein Unternehmen in Deutschland seinen Geschäftskunden ein Zah-

lungsziel von ca. 60 Tagen¹. Wenn nun etwa die Hälfte der gewährten Bankkredite aufgrund des Zusammenbruchs „systemrelevanter“ Banken vollständig ausfallen würde, müssten die Firmen das Zahlungsziel auf knapp 120 Tage verdoppeln, um das nötige Geld in den Kreislauf zurückzubringen. Glauben wir wirklich, dass deutsche Unternehmer und Manager eher in den Untergang gehen würden, als diesen Schritt zu tun? Glauben wir, dass ihnen die Vorstellungskraft und der Gestaltungswille fehlen, um mit solch kritischen Situationen umzugehen? Glauben wir, dass sie die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden schlechter einschätzen können, als die Bewohner vollklimatisierter Banktürme in Frankfurt, London und New York City? Wenn dies so wäre, dann sollten wir alle unser Geld nicht mehr in Deutschland anlegen, sondern in Griechenland!

Wie weit ist es also tatsächlich her mit der Systemrelevanz und der Notwendigkeit, strauchelnde Banken, wertlose Unternehmen und gefallene Staaten zu retten? Auch bei der Antwort auf diese Frage hilft ein Blick in die Vergangenheit: Bei Philip Holzmann dauerte das Begräbnis erster Klasse etwas länger als 12 Monate. Dann waren die Geldgeschenke ausgegeben. Nur die Protagonisten wissen wirklich, wofür – für die Rettung des Kapitalismus auf jeden Fall nicht! Denn der war schon begraben lange bevor Philip Holzmann den ersten Schnupfen bekam.

Köln, 4. Mai 2010

Peter Jumpertz, Theron AG

¹ Grobschätzung auf Basis eigener Recherche